

Gerhard Roger

**Festansprache zu Ehren Prof. Dr. Schlesingers : vorgetragen auf der Gedenkfeier
anlässlich des 100. Geburtstages am 16. Dezember 1980**

Rostock: Rostock: Wilhelm-Pieck-Universität Rostock: ODR, [1981]

<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1817596128>

Druck Freier  Zugang  OCR-Volltext

ROSTOCKER UNIVERSITÄTSREDEN
1/1981

GERHARD ROGER

Festansprache
zu Ehren Prof. Dr. Schlesingers



UB Rostock

NMK
ZA
251
(1981,1)

WILHELM-PIECK-UNIVERSITÄT
ROSTOCK

- 4326 (1981,1)



Universitäts
Bibliothek
Rostock

[https://purl.uni-rostock.de
/rosdok/ppn1817596128/phys_0001](https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn1817596128/phys_0001)

GERHARD ROGER

Festansprache

zu Ehren Prof. Dr. Schlesingers

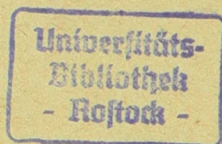
vorgetragen auf der Gedenkfeier anlässlich des 100. Geburtstages
am 16. Dezember 1980 durch den Prorektor für Gesellschafts-
wissenschaften, Prof. Dr. sc. paed. Gerhard Roger, auf der
Grundlage einer Ausarbeitung von Dr. Peter Jakubowski, Sektion
Geschichte der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock



UB Rostock

28\$ 014 664 984





ZA 4326 (1981,1)
NMK-ZA 251 (1981,1)

Redaktion: Abteilung Wissenschaftspublizistik
der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock,
DDR – 2500 Rostock, Vogelsang 13/14
Fernruf 369 577

Verantwortlicher Redakteur: Dipl.-Ges.-Wiss. Bruno Schrage
Herausgegeben von der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock
Druckgenehmigungs-Nr. C 81-81
Satz und Druck: ODR W II, Bereich Bad Doberan

Meine Damen und Herren,
liebe Genossen und Freunde!

Rektor und Wissenschaftlicher Rat der Wilhelm-Pieck-Universität Rostock haben zu einer Feierstunde eingeladen, die aus Anlaß des 100. Geburtstages des früheren Rektors unserer Universität, Prof. Dr. Dr.h.c. Erich Schlesinger, einer Würdigung seiner Persönlichkeit dienen soll.

Wir freuen uns, daß sie der Einladung gefolgt sind und begrüßen Sie sehr herzlich. Aus der Schar der Gäste begrüßen wir neben den nächsten Angehörigen der Familie Schlesinger die hier anwesenden Vertreter der Partei der Arbeiterklasse, weitere Vertreter von Blockparteien und den Vorsitzenden des Kreisausschusses der Nationalen Front, Prof. Dr. Kelbg, Gen. Karl Gries, der früher als Parteisekretär der Universität wirkte. Mit großer Freude begrüßen wir eine Delegation der Stadtverordnetenversammlung und des Rates der Stadt Rostock unter Leitung des Stellvertreters des Oberbürgermeisters, Gen. Siegfried Mroczek.

Die Würdigung Erich Schlesingers ist ein gemeinsames Anliegen der Universität und der Stadt, denn vor 25 Jahren verlieh der Rat der Stadt Rostock Erich Schlesinger als erstem seiner Bürger nach 1945 anläßlich seines 75. Geburtstages die Ehrenbürgerschaft. In der Grußadresse des ZK der SED zu diesem Jubiläum heißt es: „Ihre wissenschaftlichen Erkenntnisse der Rechtswissenschaft haben Sie stets aktiv mit der vielfältigen Praxis unseres gesellschaftlichen Lebens in Verbindung zu bringen verstanden. Sie haben dadurch Achtung und Anerkennung Ihres Wirkens erlangt, die weit über den Rahmen der Universität hinaus ragt“ (OZ, Nr. 300, 24. 12. 1955).

Diese Worte wurden von den Gratulanten, unter ihnen die Bezirksleitung der SED, der Ministerrat, die staatlichen Organe des Bezirkes und der Stadt, Vertreter aller Universitäten und Hochschulen der DDR, die gesellschaftlichen Organisationen, die in der Stadt ansässigen Betriebe u. a., bekräftigt. H. Warnke, der damalige Vorsitzende des Rates des Bezirkes, betonte anläßlich der Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens: „Obwohl Rostock durch die gewaltigen Bauten der Werften, des Hafens, des Fischkombinates, des Dieselmotorenwerkes zu einer Industriestadt ersten Ranges geworden ist, ist es dennoch Universitätsstadt. Und wenn Sie, lieber Professor ... über die Entwicklung der Rostocker Universität nachdenken, dann dürfen Sie stolz darauf sein, daß bei dieser Entwicklung Ihre leitende Hand maßgeblichen Anteil hatte“.

W. Höcker, der 1. Präsident der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, drückt seine Wertschätzung in folgenden Worten aus: „In den Händen solcher Professoren vom Range eines Dr. Schlesinger mit all seinen wissenschaftlichen und menschlichen Qualitäten unsere deutsche Jugend zu wissen, ist für uns, die wir ein ganzes langes Menschenleben für diese neue Ordnung gearbeitet und gekämpft haben, eine große Beruhigung.“ (W. Höcker, Die Verdienste Erich Schlesingers um den ökonomischen und kulturellen Fortschritt in Mecklenburg, WZ, Sonderheft 1955/56, S. 46).

Soweit Äußerungen von führenden Repräsentanten der SED und unseres Staates aus jener Zeit. Sie wurden herangezogen, da die Bedeutung des Wirkens einer Persönlichkeit vom Range Erich Schlesingers nur aus der Zeit ihres Wirkens heraus verstanden werden kann. Wir wollen im Sinne Lenins verfahren, der folgenden marxistischen Standpunkt entwickelt: „Historische Verdienste werden nicht danach beurteilt, was historische Persönlichkeiten, gemessen an heutigen Erfordernissen, nicht geleistet haben, sondern danach, was sie im Vergleich zu ihren Vorgängern Neues geleistet haben.“ (Lenin, Werke, Bd. 2, Berlin 1961, S. 180)

Unser Rückblick auf das Wirken E. Schlesingers in den Anfangsjahren der Entwicklung unserer Republik ist gleichzeitig ein Zeugnis für die Richtigkeit der Politik der Partei der Arbeiterklasse und der durch sie geführten fortschrittlichen nationalen Kräfte aller Schichten und Gruppen unserer Gesellschaft. Er demonstriert überzeugend die bedeutenden Veränderungen und Erfolge, die sich in unserem Staat bis zum heutigen Zeitpunkt vollzogen haben.

Liebe Genossen und Freunde, verehrte Gäste,

Erich Schlesinger hat als Wissenschaftler, Erzieher, Staatsmann und Kommunalpolitiker, Wirtschaftler und Organisator gewirkt. Jedoch in den Mittelpunkt der heutigen Ausführungen wollen wir sein hochschulpolitisches Wirken stellen, das einen großen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung unseres gesamten Hochschulwesens, aber insbesondere der Universität Rostock, hatte. Da Erich Schlesinger mit 65 Jahren sein Aufbauwerk an unserer alma mater in einer sehr komplizierten Situation, die sich nach der Niederschlagung des Faschismus an den Universitäten ergab, begann, sei sein Lebensweg bis zu diesem Zeitpunkt in gebotener Kürze skizziert.

Prof. Dr. Schlesinger wurde am 23. Dezember 1880 in Warstade an der Oste, Krs. Neuhaus, als Sohn eines Eisenbahn-Ingenieurs und späteren Eisenbahnbetriebsdirektors geboren. Von 1889 bis 1900 besuchte er in Rostock und Güstrow das Gymnasium und studierte dann Rechts- und Staatswissenschaft an den Universitäten Heidelberg, München, Berlin und Rostock. Nachdem er im Jahre 1903 die erste juristische Prüfung absolviert hatte, promovierte er bereits im Jahre 1909 an der Universität Rostock zum Dr. jur. 1907 legte er die zweite juristische Prüfung ab und begann als Verwaltungsbeamter des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin zu arbeiten. Diese Tätigkeit übte er – wiederholt befördert – bis zum Zusammenbruch des Kaiserreiches und der übrigen Fürstenthümer in Deutschland aus.

Im Jahre 1919 wurde er Beamter des neugegründeten Landes Mecklenburg. Er war maßgeblich an der Ausarbeitung der Landesverfassung und der Kreis- und Gemeindeordnung beteiligt, und noch im gleichen Jahre erfolgte seine Ernennung zum Ministerialrat im Schweriner Ministerium des Innern, Anfang 1924 – also unmittelbar nach der revolutionären Nachkriegskrise – endete zwar, als in Mecklenburg eine reine Junkerregierung gebildet wurde, vorübergehend seine Tätigkeit in der Landesregierung, aber bereits 1925 wurde er erneut, und diesmal als Ministerialdirektor, in das Ministerium des Innern berufen. Vier Jahre später – 1929 – wählte ihn der Mecklenburgische Landtag zum Staatsminister, dem die Ministerien des Innern und der Justiz unterstellt waren.

Als Staatsminister war Dr. Schlesinger nur einige Jahre tätig. 1933 gelang es der Nazi-Partei, sich die absolute Mehrheit im Mecklenburgischen Landtag zu verschaffen. Trotz des Druckes der Faschisten weigerte sich Dr. Schlesinger konsequent, Mitglied der Nazi-Partei zu werden und trat als Staatsminister zurück. Bis Ende 1933 arbeitete er zwar noch als Ministerialdirektor, wurde aber dann von den Faschisten in den „einstweiligen Ruhestand“ und Ende 1934 in den „dauernden Ruhestand“ versetzt. Zusätzlich zwangen ihn die Faschisten, seinen Wohnsitz zu verlegen. Dr. Schlesinger zog daraufhin nach Rostock und widmete sich in Rostock der wissenschaftlichen Arbeit und der Herausgabe der „Mecklenburgischen Zeitschrift für Rechtspflege, Rechtswissenschaft, Verwaltung“, die er selbst begründete. 1937 wurde er gezwungen, als Herausgeber zurückzutreten. Erst 1943 übte er als provisorischer Vorstand der Hagel-Versicherung in Neubrandenburg wieder eine berufliche Tätigkeit aus.

Die Schikanen der Faschisten gegen Dr. Schlesinger als bürgerlichen Politiker der Weimarer Republik, der es ablehnte, gemeinsame Sache mit ihnen zu machen, konnten seinen bürgerlichen Antifaschismus und seine Tatkraft nicht brechen. Im Gegenteil, sie veranlaßten ihn, sich 1945 – als 64-jähriger – unverzüglich dem antifaschistisch-demokratischen Neuaufbau zur Verfügung zu stellen.

Bereits am 8. Juli 1945, also wenige Tage nach der Konstituierung der neuen Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern, wurde er als Ministerialdirektor der Justizabteilung in die Landesverwaltung berufen. Damit begann trotz seines Alters auch für ihn ein qualitativ neuer Entwicklungsabschnitt in seinem Leben, denn seine zutiefst antifaschistische Haltung führte ihn nun in einem jahrelangen und sicherlich oft nicht einfachen Prozeß immer näher an die politische Position der Arbeiterklasse heran. In Anbetracht seines gesamten bis zu diesem Zeitpunkt verfloßenen Lebens ist dies besonders bedeutungsvoll, denn es beweist, daß selbst exponierte bürgerliche Politiker, sofern sie subjektiv ehrlich für die Interessen unserer Nation eintreten, zu echten Verbündeten der Arbeiterklasse werden können, ja infolge des nationalen Verrats ihrer eigenen Klasse und der wahrhaft nationalen Politik der Arbeiterklasse objektiv dazu gedrängt werden, wenn sie den gesellschaftlichen Fortschritt fördern wollen. Die Größe E. Schlesingers besteht darin, daß er die Konsequenz aufbrachte, diesen Weg auch tatsächlich zu gehen.

Als Ministerialdirektor der Justizabteilung in der Landesverwaltung erwarb sich Dr. Schlesinger ein besonderes Verdienst, indem er Kriterien ausgearbeitet hat, wer als „aktiver Faschist“ zu beurteilen war und wer nicht. Diese Richtlinien fanden in der gesamten sowjetischen Besatzungszone Anwendung. Damit leistete er einen wichtigen Beitrag im Interesse einer echten Entnazifizierung des öffentlichen Lebens in Mecklenburg und darüber hinaus in der gesamten sowjetischen Besatzungszone.

Wenige Monate später wurde ihm eine neue Aufgabe übertragen. Mit Wirkung vom 1. Dezember 1945 wurde er als Kurator der Universität eingesetzt. Vor der Arbeiterklasse und den demokratischen Kräften stand in dieser Zeit die Aufgabe, die faschistischen und imperialistischen Kräfte politisch und ökonomisch zu entmachten und die entscheidenden Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Ordnung zu schaffen. In der nächsten Etappe der antifaschistisch-demokratischen Revolution vollzog sich der weitere Ausbau der neuen Ordnung. Dieser gesamtgesellschaft-

liche Prozeß war mit revolutionären Veränderungen an den Universitäten und Hochschulen verbunden, die in der 1. Hochschulreform ihren Niederschlag fanden. Dabei ging es auch in den Universitäten in der ersten Phase um die Schaffung der Grundlagen für eine antifaschistisch-demokratische Entwicklung, die bis zum Herbst 1946 vollzogen wurde. Im zweiten Abschnitt bis zum Frühjahr 1948 stand dann die erfolgreiche Weiterführung des Demokratisierungsprozesses auf der Tagesordnung. In der dritten Etappe der 1. Hochschulreform erfolgte der Kampf um den vollen Sieg der demokratischen Kräfte, und es wurden Anfänge einer sozialistischen Entwicklung geschaffen.

Für den Kurator einer Universität bestand nun die Aufgabe darin, den von der Partei der Arbeiterklasse geführten antifaschistisch-demokratischen Kräften zu dienen, d. h. „Geburtshelfer“ der fortschrittlichen Entwicklung der Universität zu sein. Gerade die Tätigkeit Dr. Schlesingers in Rostock demonstrierte dies in überzeugender Weise. Er setzte sich für eine konsequente Entnazifizierung des Rostocker Lehrkörpers ein, die in Rostock von einer Gruppe von Wissenschaftlern um den letzten Rektor aus der Nazizeit, Wachholder, hintertrieben wurde, indem die Landesverwaltung und die sowjetischen Organe mehrfach über den wahren Stand der Entnazifizierung des Lehrkörpers getäuscht wurden. Als kluger Berater der Landesverwaltung, wo er mit dem verdienten Genossen Gottfried Benn zusammenarbeitete, und des Rektors erwies er sich in Fragen der Berufungspolitik, der Rektorats- und Dekanatswahlen, bei der Ausarbeitung des neuen Statuts der Universität, in der Frage des Aufbaus und der Organisation der Universität als weitblickender Politiker, der mit Tatkraft, Konsequenz und Geschick restaurativen Vorstößen entschieden entgegentrat und der Rostocker Universität bei aller Kompliziertheit zur demokratischen Erneuerung verhalf. Ihm, dem erfahrenen bürgerlichen Politiker, vermochten die an der Universität noch vorhandenen Kräfte nichts vorzumachen. Er setzte sich für die Förderung des Frauenstudiums, die Gründung der Arbeiter-und-Bauern-Fakultät und eine neue soziale Zusammensetzung der Studenten ein, in der die Kinder von Arbeitern und Bauern entsprechend der sozialen Struktur der Bevölkerung repräsentiert waren. Große Leistungen vollbrachte E. Schlesinger in der umfangreichen Verwaltung der Universität und der materiellen Sicherstellung in Lehre und Forschung, der Gewährleistung der Arbeitsfähigkeit der klinischen Bereiche und der Entwicklung der Universität zu einem leistungsfähigen Organismus. Dabei betonte er, der eine tiefe Überzeugung vom Fortschritt der Menschheit besaß: „Der Verwaltungsbeamte muß ein Optimist sein, sonst taut er für die Verwaltung nicht.“ (Landeszeitung, Nr. 15, 19. 1. 1947)

Auf Grund seiner Leistungen ernannte ihn die Landesverwaltung auf Vorschlag der Universität zum a. o. Professor mit vollem Lehrauftrag für Verwaltungsrecht in der Juristischen Fakultät, wobei sie betonte, daß dies „in Würdigung seiner Verdienste um den Wiederaufbau der Universität Rostock“ (Universitätsarchiv Rostock, Re. 94/AS) geschehe. Der Gewinnung von demokratisch gesinnten Praktikern für Lehr- und Forschungsaufgaben kam in dieser Zeit große Bedeutung zu. Viele dieser Lehrbeauftragten haben eine progressive Rolle bei der Ausbildung der neuen Intelligenz gespielt und sind zum festen Bestandteil eines neuen Lehrkörpers geworden. An der Rostocker Universität trifft das vor allem für den ersten Kurator und späteren Rektor, Prof. Dr. E. Schlesinger, und den Ministerial-

rat im Volksbildungsministerium der Landesregierung und späteren Dekan der Philosophischen Fakultät, dem Pädagogen Prof. Dr. Fritz Müller, zu.

Schlesinger gab mit seinem Verhalten in dieser Zeit vielen bürgerlichen Wissenschaftlern in Rostock ein Beispiel, dessen Wirkung sie sich nicht verschließen konnten. Er trat am 1. März 1946 dem Kulturbund bei, wo Persönlichkeiten wie Willi Bredel und Prof. Rienäcker wirkten. Am 2. Oktober 1947 wurde er Mitglied der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion, was als bedeutsamer Schritt in seiner politischen Entwicklung anzusehen ist.

In der Entwicklung nach 1945 verlagerte sich die Auseinandersetzung mit der faschistischen Ideologie mehr und mehr auf eine Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie und Politik insgesamt, wobei insbesondere das Wiedererstarken reaktionärer Kräfte in den damaligen Westzonen Besorgnis und den Entrüstungsturm aller fortschrittlichen und demokratischen Kräfte hervorrief. E. Schlesinger äußerte sich wiederholt zu diesem Problem, so z. B. aus Anlaß des Göttinger Appells: „Faschismus ist gleichbedeutend mit Zerstörung und Kulturbarbarei. Sein Wiedererstarken auf deutschem Boden ist gefährdend; es zu verhindern ist nationale Pflicht aller patriotisch empfindenden Deutschen. Die Wissenschaftler sind berufen, im Kampf gegen den Faschismus sich in vorderster Front zu stellen. Die Mitglieder des Lehrkörpers der Hochschulen unseres Staates, dessen bin ich sicher, werden sich mit dem Protest der Göttinger solidarisch erklären. Sehen wir doch in ihm eine Abwehrmaßnahme gegen den unheilvollen Versuch, die Schande des Hitlerfaschismus an westdeutschen Schulen wieder aufleben zu lassen.“ (OZ, 4.6.1955) Er zieht damit die Lehren aus seiner Erkenntnis, daß die deutsche Wissenschaft zwar groß und glanzvoll für den Fortschritt unseres Wissens gewirkt hat, gleichzeitig aber auch in den vergangenen Jahrzehnten eine der Hauptstützen der Kriegspolitik der regierenden Kreise in Deutschland gewesen ist. (WZ Rostock, Sonderheft 1955/56, S. 39)

Schlesinger ist gegen die restaurative Entwicklung in Deutschland und hat sich für die DDR entschieden. Er ritt 1948 für den Zweijahresplan ein, begrüßt die Gründung der DDR und nimmt aktiven Anteil an der politischen Entwicklung, indem er die Leitung des sich am 6. Februar 1950 konstituierenden Universitätsausschusses der Nationalen Front übernimmt und engagiert an der Wahlvorbereitung teilnimmt. Er ist sich der Tragweite des Vertrages von 1950 zwischen der Sowjetunion und der DDR bewußt und tritt für diesen ein: „Die Bedeutung des Vertrages über die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken kann nicht hoch genug gewertet werden. Der Vertrag läßt für Deutschland viel erwarten...“ „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein freier Staat, ist eine Realität im internationalen Verkehr, mag auch die Bonner Regierung vorläufig noch vor dieser Realität die Augen verschließen. Der Vertrag von Moskau enthält die Bereitschaft der beiden Partner, an allen internationalen Handlungen teilzunehmen, deren Ziel die Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa und der ganzen Welt ist. Er ist also ein Dokument betonten Friedenswillens. Die Deutsche Demokratische Republik hat alle Forderungen erfüllt, die in dem Potsdamer Protokoll vom Sommer 1945 durch die Alliierten in bezug auf die Erneuerung des Lebens auf demokratischer Grundlage gestellt sind. Sie konnte und kann sich

daher mit Recht als den deutschen Staat betrachten, der den Aufbau Gesamtdeutschlands zu leisten hat. Und so darf die deutsche Wissenschaft der Auswirkung des Vertrages mit großen Hoffnungen entgegensehen.“

(Universitätsarchiv Rostock, Akte Schlesinger)

Das Kennenlernen der Entwicklung der Sowjetunion war ihm Anlaß und Quelle bei der Durchdringung des Problems der Entwicklung der Diktatur des Proletariats, der damit neugestalteten Klassenstruktur und dem Ausdruck dieser Entwicklung in den gesetzlichen Grundlagen. Besonders anhand der Voraussetzungen für die Verfassung der UdSSR aus dem Jahre 1936 deckt er diesen Mechanismus auf und kommt zu objektiv richtigen Erkenntnissen. Seine Mitgliedschaft in der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion nahm er sehr ernst und wichtig, da sie seinen politischen Blick schulte und neue Erkenntnisse vermittelte.

E. Schlesinger sah die DDR als Heimatstatt aller Deutschen fortschrittlicher und demokratischer Gesinnung an. Er kämpfte für ein einheitliches Deutschland auf der Grundlage von gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen, wie sie sich in der DDR vollzogen. Konsequenter und unerbittlich bekämpfte er die Remilitarisierung in der BRD und versuchte die demokratischen Kräfte in der BRD zu stärken. Besonders die Jugend an den Universitäten und Hochschulen in Westdeutschland wollte er als Organisator gesamtdeutscher Gesprächsrunden und Treffen von Vertretern aus Hamburg, Kiel, Rostock, Greifswald u. a. von der Richtigkeit der Entwicklung in der DDR überzeugen.

Am 1. Januar 1949 wurde E. Schlesinger zum ordentlichen Professor berufen und im gleichen Jahr erfolgte die Wahl zum Prorektor. Am 19. März 1952 übernahm der 71jährige das Amt des Rektors. Dies ist in der Geschichte des deutschen Hochschulwesens einmalig. Der ehemalige Kurator wird wenige Jahre später zum Rektor gewählt, was seine überragende Persönlichkeit widerspiegelt. Diese Wahl hatte ihre besondere Bedeutung darin, daß zu dieser Zeit die Universitäten der DDR vor der gesellschaftlichen Notwendigkeit standen, die ersten Schritte von der vollendeten antifaschistisch-demokratischen Hochschulreform zur sozialistischen Universität zu gehen. Der III. Parteitag der SED hatte festgestellt, daß bei aller Anerkennung der Erfolge, die die demokratische Hochschulreform gebracht hatte, ein Zurückbleiben der politisch-ideologischen Entwicklung an den Universitäten und Hochschulen zu verzeichnen war. Mit der 2. Hochschulreform wurden in der Folgezeit grundlegende Veränderungen angestrebt, die den gesellschaftlichen Erfordernissen entsprachen. Es wurden qualitative Umgestaltungen der Formen und des Inhalts des Hochschulstudiums vorgenommen, damit die Absolventen in fachlicher und gesellschaftlicher Hinsicht den Anforderungen der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR besser gerecht werden konnten. Das marxistisch-leninistische Grundlagenstudium, das 10-Monate-Studienjahr, wurde eingeführt, die Weiterbildung in den Fremdsprachen neu geregelt. Auch die Struktur der Universitätsleitung wurde verändert, und eine Reihe sozialer Maßnahmen im Hochschulwesen wurden realisiert. Diesen Aufgaben stellte sich Erich Schlesinger, und er trat mit seiner ganzen Persönlichkeit für die praktische Umsetzung dieser neuen Entwicklungen ein. Allen Störungsversuchen, die gegenüber der Zulassungspolitik, dem marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium und dem 10-Monate-Studienjahr von fortschrittsfeindlichen Kräften an der Universität unternommen wurden, be-

gegnete er konsequent und setzte sich für einen der Sache dienenden und fördernden Dialog ein. Besonderes Augenmerk widmete E. Schlesinger der Erziehung der Studenten. Vertreter des Lehrkörpers brachten zum Ausdruck: „Unter den vielgestaltigen Aufgaben des Amtes steht für E. Schlesinger die Erziehung der Studenten an erster Stelle. Sie setzt für ihn mit dem Tage ein, an dem er die neu aufgenommenen Studenten begrüßt und verpflichtet.“ (E. Sielaff, Sonderheft WZ Rostock 1955/56, S. 35)

E. Schlesinger stellt die Erziehung in Zusammenhang mit der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung und vertritt den Standpunkt, wie er hinsichtlich eines Nachholebedarfs in der Erziehung der Studenten vom III. Parteitag der SED konstatiert wurde. In seiner Festrede zum 10. Jahrestag der Wiedereröffnung der Universität Rostock nach dem II. Weltkrieg betonte er:

„Es liegt klar zu Tage, daß die Gesellschaftsordnung unseres Staates, die auf Sicherung der maximalen Befriedigung auch der ständig wachsenden kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft gerichtet ist, an der Förderung des wissenschaftlichen Denkens im Kampfe gegen Unwissenheit interessiert ist. Bei der stürmischen Entwicklung unseres Hochschulwesens in den letzten zehn Jahren ist die fachliche Ausbildung der Studierenden hinter den Anforderungen der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus zurückgeblieben. Das Ziel, eine neue demokratische und sozialistische Intelligenz heranzubilden, kann nur dann erreicht werden, wenn der Absolvent der Universität die Erkenntnisse fortschrittlicher Wissenschaft beherrscht und in seiner praktischen Tätigkeit anzuwenden versteht. In der Erkenntnis und Beurteilung aller dieser Fragen sind wir im Lehrkörper während der letzten Jahre gut vorangekommen. Es vergeht wohl keine Senatssitzung mehr, in der nicht Fragen der Verbesserung der staatsbürgerlichen Erziehungsarbeit an unseren Studenten und der Notwendigkeit der aktiven Einschaltung des Lehrkörpers in diese Erziehungsarbeit gründlich und in aller Offenheit besprochen werden. Es sind das alles Probleme, die nicht in Kürze zu lösen sind. Aber die ständige Beschäftigung mit ihnen in den maßgebenden Gremien der Universität bringt uns zu immer besserer Erkenntnis der vor uns stehenden Aufgaben und zu gangbaren Wegen zu ihrer Verwirklichung in der Praxis.“

So bedeutsam die Fragen der Ausbildung in bezug auf Inhalt des Unterrichts, Methode des Unterrichts und auf die Durchführung der Studienpläne sind, die Fragen der gesellschaftspolitischen Erziehung der studierenden Jugend sind nicht minder bedeutsam. Der Student muß in dem politisch-ideologischen Kampf um die Grundlagen des Aufbaus des Sozialismus sich zurechtfinden können. Daher ist die an ihm zu leistende Erziehungsaufgabe eine wichtige und dringliche Aufgabe, vor allem des Lehrkörpers. Der Student steht nicht isoliert neben seinem Volk. Er ist als Kind des Volkes in der Gemeinschaft, und seine gesamte wissenschaftliche Arbeit ist von Anfang an bewußt in den Dienst des Volkes zu stellen. Niemals darf der Student vergessen, daß unser Volk jährlich große Summen aufbringt, mit denen Institute und Hörsäle erbaut und die Fonds zur Gewährung ausreichender Stipendien aufgefüllt werden. Nationale Pflicht des Studenten ist es, in seinen Leistungen und in seinem gesellschaftspolitischen Verhalten die Erwartungen zu erfüllen, die das gesamte werktätige Volk, das jene Mittel zusammenträgt, in ihn setzt.“ Konsequent

wendet sich Prof. Schlesinger gegen die Remilitarisierung in der BRD, jedoch genauso konsequent tritt er für den militärischen Schutz der sozialistischen Errungenschaften der DDR und des Friedens ein. Deshalb ruft er die Studenten zur Verteidigung der Heimat mit der Waffe in der Hand auf:

„Die Volkskammer hat durch das Gesetz vom 26. September v. J. eine Änderung der Verfassungsurkunde vorgenommen, die dem höchsten Gebote jedes Staates und jedes Volkes, dem der Selbsterhaltung, Rechnung trägt. Und wenn jüngst die Volkskammer die Aufstellung einer Volksarmee beschlossen hat, so geschah das aus dem gleichen Grunde. Der Dienst zum Schutze des Vaterlandes und der Errungenschaften seiner Werktätigen ist eine ehrenvolle Pflicht der Bürger. Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der Heimat, das ist und bleibt die Verpflichtung jedes deutschen Studenten.“

Schlesinger betont, daß in der DDR für die junge Generation echte und wahre Ziele gesetzt sind; so führte er beispielsweise aus: „Unser Staat ist im wahrsten Sinne des Wortes der Staat der Jugend, der alles Fortschrittliche zum Erfolge führt. Im Kampf um die Sicherung des Friedens kommt der Jugend eine große Aufgabe zu.“

Erziehung und Einfluß auf Studenten auszuüben, heißt für E. Schlesinger, persönliche Haltung zu demonstrieren. So legte er auf der Immatrikulationsfeier am 9. Oktober seinen Standpunkt zu den Juniereignissen von 1953 dar und ruft zur Wahl am 17. Oktober 1954 auf, bei der er selbst für den Bezirkstag kandidierte: „Der neue Kurs in der Politik unserer Regierung, der nicht etwa durch die Ereignisse des 17. Juni 1953 veranlaßt ist, sondern durch sie gestört werden sollte, bedeutet für die Universitäten Gelegenheit zur vollsten Entfaltung schöpferischer Kräfte in Lehre und Forschung, bedeutet Fernhaltung alles dessen, was etwa die studierende Jugend in ihrer wissenschaftlichen Arbeit hemmt, bedeutet offenen, von Sachkenntnis getragenen Meinungs-austausch, Pflege unseres wissenschaftlichen Erbes. Dieser neue Kurs kann sich auf unseren Universitäten voll nur dann auswirken, wenn alle, auch die studierende Jugend, bereit sind, ihre Kräfte einzusetzen. Neuer Kurs bedeutet auch Ordnung: Feste Ordnung in der Erfüllung der Pflichten, in der Einhaltung der Studienpläne, in einer vollkommenen Studiendisziplin. Wer diese Ordnung nicht einhalten will, gehört nicht auf unsere Universität.“

Persönlich geht er auch voran, in seinen Vorlesungen die Theorie mit der Praxis zu verbinden. Er kennt die Erfordernisse der Volkswirtschaft und berücksichtigt den Bedarf der Betriebe an juristisch ausgebildeten Ökonomen. In einem schöpferischen Disput vertritt er unter den Kollegen dieses Anliegen. Um aber eine erfolgreiche Ausbildung und Erziehung der Studenten und eine niveauvolle Forschung der Wissenschaftler zu gewährleisten, sind an einer Universität moderne Einrichtungen notwendig. Deshalb setzt sich Prof. Schlesinger intensiv für den Bau neuer Universitätsgebäude ein, wie die in der Südstadt, die neuen Universitätskliniken und Studentenwohnheime. Mit der Neubegründung von Fakultäten, z. B. der Schiffbautechnischen, der Landwirtschaftswissenschaftlichen, der Pädagogischen und anderer, hilft die Universität Rostock unter seiner Leitung, Disproportionen zu beseitigen, fehlende Ausbildungsstätten zu errichten und solche neu zu begründen, die der Universität Rostock, entsprechend ihrer Lage und historischen Entwicklung, ihr Gepräge geben. So ist es

folgerichtig, daß die Universität ihrem Rektor anlässlich seines 75. Geburtstages die Ehrendoktorwürde verleiht. Hochgeachtet, geehrt und bei allen, die ihn kannten, voll anerkannt, so stellt sich die Persönlichkeit Prof. Erich Schlesingers dar.

Erich Schlesinger starb am 17. Dezember 1956. Damit vollendete sich ein Leben, das in exemplarischer Weise durch die Entwicklung Deutschlands von einer Monarchie über die Weimarer Republik, die Nacht des Faschismus bis zur sozialistischen Entwicklung in unserem Lande geprägt wurde. Er verhielt sich gemäß seinen Positionen als bürgerlicher Demokrat und Antifaschist. Mit dieser Haltung beteiligte er sich am Neuaufbau nach 1945. Dabei wuchs er an den Aufgaben, die ihm von der Gesellschaft gestellt wurden. Aktiv und maßgeblich nahm er an den Veränderungen teil. Dabei gewann er infolge seiner Arbeit und aufgrund seiner Haltung einen tiefen Einblick in die Politik der Partei der Arbeiterklasse, und die Erfolge dieser Politik verhalfen ihm zur Einsicht in die führende Rolle der SED. Deshalb wird in der „Geschichte der Universität Rostock“ (S. 24) betont, daß er mit seiner Autorität den von der Arbeiterklasse gewiesenen sozialistischen Zielen diente; zu Recht halten die Wilhelm-Pieck-Universität und der Rat der Stadt sein Andenken in hohen Ehren.

Am 8. Mai 1963 wurde eine Büste von E. Schlesinger im Hauptgebäude aufgestellt, und in der Südstadt trägt eine Straße seinen Namen. Sein 100. Geburtstag ist für uns Verpflichtung, auch durch das Beispiel seines Wirkens, der heutigen studentischen Jugend unsere historische Tradition bewußt zu machen und sie für ihre Erziehung zu nutzen. Wir sind stolz, daß in der Geschichte unserer alma mater eine Persönlichkeit gewirkt hat, die mit ihrem ganzen Wissen und ihrer ganzen Tatkraft die Aufgaben, die die gesellschaftliche Entwicklung stellt, zu meistern verstand, zu ihrer Zeit Vorbild war und Maßstäbe setzte. Dies ist uns Ansporn und Hilfe zugleich bei der Lösung der uns von der Gesellschaft gestellten Aufgaben, wie sie auf der V. Hochschulkonferenz erst kürzlich formuliert wurden.

Zur Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens an Professor Dr. Schlesinger*)

Magnifizenz!

Vielleicht darf ich mir erlauben, auf Grund unserer mehr als 30jährigen Bekanntschaft und gemeinsamen Arbeit die alte vertrauliche Anrede zu benutzen: lieber Professor.

Allen Damen und Herren hier ist der Anlaß unserer kurzen Zusammenkunft bekannt. Ich möchte den mir vom Ministerpräsidenten erteilten Auftrag ausführen, dem Rektor der Universität Rostock, Herrn Professor Doktor Erich SCHLESINGER, den ihm von unserem hochverehrten Präsidenten am 10. Jahrestag der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus verliehenen „Vaterländischen Verdienstorden“ zu überreichen.

Ich vermag nicht, das lange Register der Verdienste, die Sie sich erworben haben, am heutigen Tage aufzuzählen. Ich möchte nicht davon sprechen, wie die im Februar 1924 gewählte reine Junkerregierung – Freiherr von Brandenstein und Dr. Diedrich von Oertzen – auf Ihre Mitarbeit bei der Regierung in Schwerin verzichtete. Ich möchte nicht über Ihre Tätigkeit als die erste Stütze der Regierung „Onkel Pauls“ (Schröder-Asch) sprechen, auch nicht von der Zeit, als der hitlerische Gauleiter Friedrich Hildebrandt im Juni 1932 mit der absoluten Mehrheit seiner Partei in den Landtag einzog und von da an eine reine Nazi-Regierung bildete, die bis 1945 wirkte. Vielmehr darf ich heute einer einzelnen, aber wichtigen Tatsache Erwähnung tun, die im Zusammenhang mit Ihrer Persönlichkeit nach 1945 historische Bedeutung erlangte. Ende Mai, Anfang Juni 1945 erhielt ich von General Shuikow den Auftrag, deutsche Männer und Frauen für eine deutsche Verwaltung des Landes Mecklenburg vorzuschlagen. Das sollten nicht Kommunisten und Sozialdemokraten sein, das sollten deutsche Männer sein, die bereit waren, ein neues Deutschland aufzubauen. Ich habe damals mit vielen gesprochen. So kam ich auch nach Rostock, und wir haben uns hier nach 1932 zum ersten Mal wiedergesehen.

Das deutsche Volk stand buchstäblich am Rande des Abgrundes. Die Zerstörungen und Verwüstungen waren groß. In dieser tiefen Not des deutschen Volkes haben Sie sich sofort bereit erklärt, Ihr großes Können und Wissen, Ihre ganze Person für den Aufbau eines deutschen Staates einzusetzen. Durch diese Ihre Tat haben Sie gezeigt, daß Sie zu denen gehörten, die in des Volkes größter Not ihm als Freund, als Patriot zur Seite standen.

Am 7. Juli 1945 bildeten wir die neue Verwaltung. Zwar standen im Vordergrund der Arbeit die Schaffung der Ordnung, die Bestell- und Pflegearbeiten des Ackers, die Ernte, der Kampf gegen Typhus und andere Seuchen, und doch war Ihre Arbeit als Leiter der Justizverwaltung, wenn

*) Aus der Ansprache am 25. 5. 1955 im Konzilzimmer der Universität Rostock (erschienen in „Wissenschaftliche Zeitschrift“ der Universität Rostock, 5. Jahrgang 1955/56, Sonderheft).

auch im Stillen durchgeführt, von großer Bedeutung. Auch der neue Staat brauchte Justizorgane. Sie zu bilden, war nicht leicht. Aber Sie haben es geschafft. Und darüber hinaus standen Sie uns immer mit Ihrer Meinung, Ihrem Wissen, Ihren Ratschlägen zur Verfügung.

Wir mußten Menschen für unseren neuen Staat suchen und fanden sie in erster Linie unter den Antifaschisten. Aber auch Fachleute, die dem früheren Staat gedient hatten und nicht aktive Faschisten gewesen waren, zogen wir zum Aufbau eines neuen demokratischen Deutschlands heran.

Wir stellten uns die Aufgabe, die Staatsfunktionäre, die im Kampf gegen den Faschismus hart geworden waren, mit dem erforderlichen Fachwissen für ihre neue Tätigkeit auszurüsten und die übernommenen Fachkräfte zu ehrlichen Demokraten zu bilden. Die Antifaschisten jedoch, die nicht gelernt haben, und die Fachkräfte, die keine Demokraten geworden sind, arbeiten heute nicht mehr im Staatsapparat. Aber zu denen, die bewährte Mitarbeiter des neuen Deutschland geworden sind, gehören Sie, Herr Professor Dr. SCHLESINGER.

Ich denke dabei an ein Erlebnis. Eines Tages sagte der Chef der SMA, General Skorciw, zu mir: „Du hast die große Aufgabe übernommen, den neuen Staat, die Wirtschaft, die Bildungsstätten, das kulturelle Leben von Faschisten zu säubern. Da ich aus einem sozialistischen Land komme, das durch die Faschisten schwere Wunden erhalten hat, habe ich die Verpflichtung, Dich bei diesem Vorhaben zu unterstützen. In meiner Eigenschaft als Chef der Besatzungstruppen trage ich die Verantwortung, daß die Faschisten keine Machtpositionen bekommen. Aber es leben heute noch in Mecklenburg 120 000 Menschen, die einmal der Nazipartei angehört haben. Sind sie alle Faschisten? Und Du selbst hast mir gesagt, Du hättest der Deutschen Arbeitsfront angehört, das ist doch auch eine faschistische Organisation? Waren die 120 000 und warst denn auch du damals Faschist?

Du mußt für Dich selber und für alle Deine Mitarbeiter im ganzen Land – und ich brauche das gleiche für meine Offiziere – eine Direktive erarbeiten, die darlegt, wer als aktiver Faschist anzusehen ist. Überleg es Dir. Bringe mir bis morgen solch eine Niederschrift.“

Ich ging mit diesen Sorgen zu Professor Dr. SCHLESINGER. Am anderen Tage brachte er mir einen Entwurf für diese Direktive, der gebilligt wurde. Er bildete die Grundlage der vielen Formulierungen über „aktiver Faschist“ in Verordnungen, Befehlen der SMA, Anordnungen und Gesetzesauslegungen in der ganzen sowjetisch besetzten Zone. Nur wer unmittelbarer Zeuge der Entstehung dieses Entwurfes war, weiß, daß Professor SCHLESINGER ihn verfaßte.

Als die Universität Rostock ihre Tore wieder öffnete, übernahmen Sie den Auftrag, als Kurator die Arbeitsfähigkeit der Universität zu sichern. Sie haben es geschafft, und Sie sind jetzt seit einigen Jahren ihr Rektor. Die Rostocker Universität ist unter Ihrer sicheren Führung zu einer der entscheidendsten Lehrstätten des neuen Deutschlands geworden. Die Zahl der Studenten hat sich mehr als verdreifacht; der ganze Umfang der Universität ist gewachsen. Neue Institute, Fakultäten mit neuen Gebäuden entstanden und sind im Entstehen. Obwohl Rostock durch die gewaltigen Bauten der Werften, des Hafens, des Fischkombinats, des Dieselmotorenwerkes zu einer Industriestadt ersten Ranges geworden ist, ist es dennoch

Universitätsstadt. Und wenn Sie, lieber Professor, so wie wir Sie kennen, in Ihrem schlichten Gelehrtenzimmer mit Ihrer hochverehrten Gattin zusammensitzen und über die Entwicklung der Rostocker Universität nachdenken, dann dürfen Sie stolz darauf sein, daß bei dieser Entwicklung Ihre leitende Hand maßgeblichen Anteil hatte.

Lieber Professor, weil ich das alles miterleben durfte, bin ich um so mehr erfreut, daß Sie für Ihre Taten zum Wohle Deutschlands diese hohe Auszeichnung von unserem hochverehrten Präsidenten bekommen haben. Und persönlich fühle ich mich glücklich, daß ich es bin, der Ihnen diese Auszeichnung hiermit übergeben darf. . .

Verfasser: Hans Warnke, Vorsitzender des Rates des Bezirkes Rostock

Die Verdienste Erich Schlesingers um den ökonomischen und kulturellen Fortschritt in Mecklenburg*)

Wenn einmal die Geschichte der letzten Vergangenheit des mecklenburgischen Landes geschrieben sein wird, werden die Chronisten nicht die Verdienste einer Persönlichkeit übersehen können, die mehr als ein Menschenalter hindurch bis heute eng mit der Entwicklung unseres Landes verbunden ist: Es ist Prof. Dr. SCHLESINGER, der an seinem 75. Geburtstage auf ein arbeitsreiches Leben im Dienste des Volkes zurückblicken kann. Es soll nicht der Zweck dieser wenigen Zeilen sein, auf das gesamte Wirken dieses hochverdienten Mannes Rückschau zu halten. Aber es ist mir ein Bedürfnis, mich mit Anerkennung der Tatsache zu erinnern, daß unser Jubilar in den höchsten Tagen nationaler Not dem Volke nie seine Kraft und sein großes Wissen versagte und gerade dann mit besonderer Energie und mit besonderen Verdiensten gearbeitet hat, wenn vor allem an die demokratischen Kräfte in unserer Nation appelliert wurde.

Nach der Niederlage im 1. Weltkrieg wurde das alte halbfeudalistische Mecklenburg, ein Land ohne zeitgemäße Verfassung, in dem Adel und Großgrundbesitz die alleinige Macht in den Händen hatten und mit den Fürsten über das Volk regierten, durch die Weimarer Verfassung liquidiert. Der Verwaltungsjurist Dr. SCHLESINGER gehörte zu den wenigen ehemaligen fürstlichen Beamten der alten Schule, die ehrlich bemüht waren, für Mecklenburg und seine Bevölkerung neue, fortschrittliche Rechtsverhältnisse zu schaffen, die nicht mehr einer kleinen Oberschicht, sondern dem ganzen Volke zu dienen hatten. So war Dr. SCHLESINGER besonders an der Ausarbeitung der neuen demokratischen Landesverfassung und einer neuen Kreis- und Gemeindeordnung beteiligt.

Er begründete als Ministerialdirektor die notwendig gewordene Änderung der Städteordnung vom 18. Juni 1919 vor dem mecklenburgischen Landtag, die am 27. November 1928 Gesetz wurde und eine Neuregelung der Wahldauer für die unbesoldeten Stadträte brachte. Ein Jahr später spielte er eine wichtige Rolle bei der Festsetzung einheitlicher Wahltermine für die Stadt- und Gemeinderatswahlen. Seit dieser Zeit kenne ich Dr. SCHLESINGER und habe ihn mit vielen meiner damaligen Freunde schätzen gelernt, als einen Menschen von hohem Wissen, der sich stets bemühte, auch in den schwierigsten Situationen seine Objektivität zu bewahren und das Beste für die Allgemeinheit zu erreichen. Dr. SCHLESINGER war m. W. parteilich nicht gebunden. Aber alle Parteien des damaligen Landtages brachten ihm stets die gleiche Wertschätzung entgegen. Er hatte, wenn er in seiner ruhigen sachlichen Art sprach, stets die ungeteilte Aufmerksamkeit des ganzen Hauses. Durch ihn, durch seine Mitarbeit sind deshalb auch viele Gesetze, die dem wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt Mecklenburgs dienten, zustande gekommen. Von seinem ökonomischen Weitblick sei hier noch ein Beispiel genannt:

Am Donnerstag, dem 9. April 1931, hatte der Mecklenburgische Landtag einen Antrag des Staatsministeriums auf Genehmigung der Übertragung

*) Erschienen in „Wissenschaftliche Zeitschrift“ der Universität Rostock, 5. Jahrgang 1955/56, Sonderheft.

der Landeselektrizitätswerke auf die Märkischen Elektrizitätswerke zu beraten, der von Dr. SCHLESINGER in längeren Ausführungen begründet wurde. Dr. SCHLESINGER ging von den Erwägungen aus, daß die dauernd steigende Entwicklung der Landeselektrizitätswerke es erfordere, die vorhandenen, schon nicht mehr ausreichenden Kraftquellen erheblich zu erweitern, damit den Ansprüchen der ferneren Zukunft genügt werden kann. Da dem Lande Mecklenburg die notwendige Erweiterung der Elektrizitätswirtschaft finanziell erhebliche Schwierigkeiten bereiten würde, könnte eine Zusammenlegung mit den Märkischen Elektrizitätswerken nur Vorteile für alle Teile der mecklenburgischen Wirtschaft bringen. Strompreismäßigungen für die Bevölkerung und neue Arbeitsmöglichkeiten für das Installateurgewerbe würden sich segensreich auswirken. Dr. SCHLESINGER sagte: „Die unausbleibliche Folge dieser Umwandlungen ist, daß die Energiewirtschaft ihren lokalen Charakter verliert. Die Entwicklung drängt mehr und mehr zu einer umfassenden planmäßigen Energiebewirtschaftung und zwingt schließlich zu einer rationellen Gesamtbewirtschaftung des ganzen in der Energieversorgung angelegten Kapitals.“

In Mecklenburg war die Energiebewirtschaftung besonders zersplittert; staatliche Werke, Elektrizitätsgesellschaften im Amt Rostock, Grevesmühlen, Schwerin und Wismar – um nur einige zu nennen – machten eine rationelle Stromversorgung der mecklenburgischen Gebiete unmöglich. Es ist Dr. SCHLESINGER zu danken, daß diese Vorlage in die Wirklichkeit umgesetzt werden konnte, denn sie wurde durch die Städte und vor allem natürlich durch die Aktionäre bekämpft. Auch die Abgeordneten erkannten noch nicht den Nutzen einer solchen Reform für die Allgemeinheit. Hartnäckig hat Dr. SCHLESINGER damals um diese Vorlage gekämpft und sie schließlich durchgebracht. Es soll hier nicht das Für und Wider behandelt, sondern lediglich festgestellt werden, daß das, was Dr. SCHLESINGER vor 25 Jahren voraussah und erstrebte, heute in der ganzen Deutschen Demokratischen Republik Wirklichkeit geworden ist: Die einheitliche Elektrizitätserzeugung und -verteilung.

Nach harten Auseinandersetzungen mit den neuen Machthabern des Faschismus verzichteten diese auf die weitere Mitarbeit dieses verantwortungsbewußten, immer auf das Wohl der Menschen bedachten Demokraten. Sie setzten ihn vorzeitig in den Ruhestand.

Als aber nach 1945 auch unsere Wirtschaft in Trümmern lag, als das Chaos über uns hereinzubrechen drohte, war Dr. SCHLESINGER einer der ersten, der sich bereit erklärte, in den Dienst unserer neuen Landesverwaltung zu treten. Wiederum galt es aufzubauen, und ich darf hier aussprechen, daß er einer der ersten und besten Mitarbeiter und Ratgeber unserer mecklenburgischen Landesverwaltung als Ministerialdirektor der Justizabteilung war. Auch auf anderen verschiedenen Gebieten unserer neuen Verwaltung nahm er aktiven und erfolgreichen Anteil.

Wir hätten keinen besseren Anwärtler auf die Berufung zum Professor der Rechte an unserer Universität Rostock finden können, als ihn. Es ist mir eine besondere Genugtuung, ihn gerade in dem neuen Wirkungskreis als Lehrer und Erzieher unserer neuen akademischen Jugend zu wissen, da mich eine besonders schöne Erinnerung mit der Universität Rostock verbindet.

Ich hatte damals, am 25. Februar 1946, die große Ehre und die stolze Freude, die älteste Universität Nordeuropas, deren damaliger Kurator Erich SCHLESINGER war, wieder zu eröffnen und konnte die Amtskette dem derzeitigen Rektor, Prof. Dr. Rienäcker, in der Aula der Universität mit den Worten übergeben: „Wenn es der Universität Rostock, der altherwürdigen Hochschule unseres Landes gelingen sollte, den eigentlichen Charakter der akademischen Bildung wieder herzustellen, ihre Notwendigkeit und ihren wahren Wert erneut aufzuzeigen, dann wird ein wesentlicher Baustein zur geistigen Erneuerung unseres Volkes hinzugefügt werden. Erziehen Sie meine Herren Professoren keine Herrenstudenten, keine Banausen, sondern schöpferische Jugend, die in schaffenden Volkskreisen das Vertrauen gewinnt, das durch die Entwertung akademischer Bildung in den letzten Jahren verspielt wurde. Ich wünsche, daß die Rostocker Universität ... die Lehren aus der Vergangenheit zieht und daß die ihr anvertraute Jugend zu Hassern eines Systems erzogen wird, das so viel Schande, Unglück und Herzleid über unser Vaterland gebracht hat ... Meine Herrn Professoren, Dozenten, Studentinnen und Studenten! Im Hinblick auf die große Vergangenheit dieser ältesten Hochschule Nordeuropas im Ausblick auf die schweren Aufgaben unseres Volkes, die noch der Lösung harren, erwarten mit mir alle Schichten unseres Volkes den höchsten Einsatz der Hochschule im Kampf um die politische und geistige Umerziehung unseres Volkes.“

Jahre sind seitdem ins Land gegangen, entscheidende Jahre wirtschaftlichen und kulturellen Wiedererstehens. Die Universität Rostock hat, getreu ihrer hohen Aufgabe, die Erziehung einer neuen akademischen Jugend und die Heranbildung einer neuen mit dem Volke verbundenen Intelligenz zu neuer Blüte geführt. In den Händen solcher Professoren vom Range eines Dr. SCHLESINGER mit all seinen wissenschaftlichen und menschlichen Qualitäten unsere deutsche Jugend zu wissen, ist für uns, die wir ein ganzes langes Menschenleben für diese neue Ordnung gearbeitet und gekämpft haben, eine große Beruhigung. Zum dritten Mal bekleidet Prof. Dr. SCHLESINGER nunmehr das hohe Amt eines Rektors magnificus der Universität. Dies ist ein seltener Beweis des Vertrauens, das ihm von den Professoren, Dozenten und Studenten entgegengebracht wird. Seine Verdienste belohnte unsere Regierung kürzlich durch die Verleihung des Vaterländischen Verdienstordens. Aus Anlaß dieser Auszeichnung sagte Prof. SCHLESINGER: „Die mir verliehene hohe Auszeichnung wird für mich ein Ansporn sein, gemeinsam mit allen Angehörigen der Universität weiterhin tatkräftig an der Festigung der Deutschen Demokratischen Republik mitzuarbeiten und den Kampf um die Erringung der Einheit Deutschlands, um die Erhaltung des Friedens noch zielbewußter zu führen.“

Ich weiß, daß für Prof. SCHLESINGER dies keine leeren Worte sind.

Möge es ihm vergönnt sein, noch viele Jahre sein umfassendes Wissen unserer akademischen Jugend zu vermitteln.

An seinem 75. Geburtstag wünschen ihm seine alten Freunde beste Gesundheit und weitere Erfolge in seiner hohen verantwortungsvollen Funktion.

Verfasser: Wilhelm Höcker, Ministerpräsident a. D.,

Träger des Vaterländischen Verdienstordens i. S.

Liste der Publikationen Prof. Dr. Schlesingers

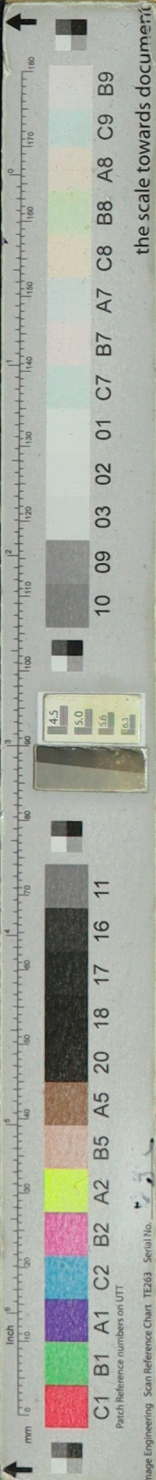
1. Exterritorialität der diplomatischen Agenten
Ein Beitrag zur Lehre von der Exterritorialität.
Rost. Diss.
Güstrow 1903 (Zettelkatalog)
2. Staats- und Verwaltungsrecht des Großherzogtums Mecklenburg-Schwerin
Berlin o. S. (1909) Zettelkatalog)
3. gleicher Titel w. o.
Berlin, Süsserot, (1908) XIV., 441 S.
(Heeß: Geschichtl. Bibl. v. Mecklenburg, Register 4039, 4821)
4. Die Einheit des Rechts und die Advokatur in Deutschland
(Dietrich, 1900/1; 778, 1.-2.
Kosmodike
Zeitung f. d. intern. Rechtsverkehr
R.: H. Selldorff, A. v. Harder, F. Daguin
V.: Verlag der Kosmodike, Frankfurt a. M.
5. Strafrechtspflege und das Rechtbewußtsein des Volkes
(Dietrich, 1906/1; 573, 113-18; 573 Gesetz und Recht)
R.: C. Frh. v. d. Goltz; V.: A. Langewort
Breslau; 24 Norm.: M. 4.-j.
6. Mecklenburgs Verfassung
Gesetz und Recht, Jg. 7, 1906 S. 177 ff., 199 ff.
(Heeß: Geschichtl. Bibl. v. Mecklenbg. 4532)
7. Verfassung und Verfassungskämpfe
(Dietrich, 1907/2; 544, Nr. 48, 49; 544 Gegenwart)
R.: Th. Zolling; V.: M. Heise, Leipzig
w., M. 4.50 v.
8. Deutsche Arbeiterversicherung
(Dietrich, 1911/2; 573, 553-62/s.o.)
9. Ersatzanspruch der Armenverbände geg. Krankenkassen gemäß § 57
Krank.-Vers.-Ges.
(Dietrich, 1912/1; 1808, 481; 1808 Zeitschrift, mecklenburgische, für
Rechtspflege und Rechtswissenschaft, 30. Bd.)
10. Verwaltungsorganisation Mecklenburg-Schwerin IV. 366
(Dietrich, 1924/1; 1271; 1271 Rundschau, deutsche)

11. Aufwertung von Kautionen
(Dietrich, 1924/2; 1808 s.o., 41 J. 50)
12. Mecklenburg-Schwerinsches Gesetz v. 3. 3. 22 über Verwaltungsgerichtbarkeit
(Dietrich, 1924/2; 1808 s.o., 40. B. 82–122)
13. Einteilung des Freistaates in Ämter
(Dietrich, 1924/2; 1808 s.o. 41 J. 18–23)
14. Verwaltungsgerichtbarkeit in Mecklenburg-Schwerin
(Dietrich, 1926/1; 1494 44. B. 199; 1494 Verwaltungsblatt, preuß. 42.–46. J.)
15. Jesuitenorden und die dt. Reichsgesetzgebung
(Dietrich, 1919/2; 1808 s.o., 37. B., 68–78)
16. Verwaltungsorganisation Mecklenburg-Schwerin, Ergänzungsbd., 1381
(Dietrich, 1927/2; 799c; 799c Juristentag, 1. dtshr. in d. Tschechoslowakei II. '25. III. '27.)
17. Russische Gefängnisse
(Dietrich, 1929/2; 156–71, 326; 326 Blätter für Gefängniskunde 59, Br. '28–'29)
18. Mecklenburg-Schwerinsche Landesgerichte im Wandel der Zeiten
(Dietrich, 1929/2; 1090 bb., 567; 1090 bb Monatsh., meckl. IV. '27/'28, V.: Hinstorff, Ludwigslust)
19. Ausübender Künstler hat Persönlichkeitsrecht
(D. Beschluß d. Urheberrechtsausschusses)
(Dietrich, 1930, 65A/Zeitungsartikel; Vossische Zeitung vom 7./8.)
20. Rückzahlung der Aufwertungshypotheken u. Aufwertungsforderungen noch am 1./1. 1932
(Dietrich, 1931, 67A/Zeitungsartikel; Ostdtsh. Morgenpost, Beuthen)
21. Die Aufwertung d. Sparguthaben in Mecklenburg-Schwerin
(Dietrich, 1931/2; 1808 s.o., 48. J., 31)
22. Selbstverwaltung der Gemeinden und Staatsaufsicht
(Dietrich, 1935/2; 1728a, 51. J. 461–69, 1729a Z. f. Kommunalwirtschaft u. Kommunalpolitik; jetzt: Z. f. öffentl. Wirtsch.)
23. Der Gemeindehaushalt
(Dietrich, 1935/1; 1808 s.o., 51. J. 377–87)
24. Eingemeindungsrecht
(Dietrich, 1936/1; 1808 s.o., 52. J. 199–208)

25. 15 Jahre Verwaltungsgerichtbarkeit in Mecklenburg
(Dietrich, 1937/2; 1808 s.o.)
26. J. H. v. Thünen und der Kunststraßenbau in Mecklenburg
(Dietrich, 1952/2; 18532, J. 1, H. 1.; 18532 Zeitschrift, Wiss., der
Universität Rostock, Rostock)
27. Die offene Handelsgesellschaft im Prozeß
(Deutsche Juristenzeitung, 1906, Nr. 4, Sp. 258f.)
28. Mecklenburgisches Wegerecht
(„Meckl. Landw. Zeitung“, 1906, Nr. 18)
29. Das französische Trennungsgesetz vom 9. 12. 1905
(„Gesetz und Recht“, 1906, S. 273–276, Pseudonym)
30. Die völkerrechtliche Sonderstellung d. Gesandten
(„Gesetz und Recht“, S. 312–317, Pseudonym)
31. Zu §§ 44, 45 d. Mecklenburgisch-Schwerinschen Hinterlegungsordnung
(Meckl. Zeitschr. f. Rechtspf. u. Rechtswiss., 1906, S. 177 ff.)
32. Zwei Beiträge zum Zwangsversteigerungsrecht
w.o., 1908, S. 192–203)
33. Das Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz
(Meckl. Landw. Zeitschr., 1909, Nr. 49)
34. Die Reichswertzuwachssteuer, ihre Bedeutung für Bundesstaat und
Gemeinde
(„Meckl. Nachrichten“, 1910, Nr. 35)
35. Die Doppelbesteuerung innerhalb des Deutschen Reiches
(„Gesetz und Recht“, 1910, S. 84–86)
36. Doppelbesteuerung mit direkten Kommunalabgaben
(„Meckl. Nachrichten“, 1910, Nr. 130)
37. Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung nach der Reichs-
versicherung
(„Gesetz und Recht“, 1911, Nr. 3, S. 49–53, Nr. 4, S. 77–90)
38. § 365 StGB Polizeistunde im Domanium
(„Meckl. Zeitschr. f. Rechtspf. u. Rechtswiss.“, 1911, S. 346–347)
39. Anspruch der Landesversicherungsanstalt auf das Krankengeld eines
Versicherten für die Dauer eines von ihr durchgeführten Heilver-
fahrens/§ 18 ff. I.V.G.
(„Deutsche Juristenzeitung“, XVII., 1912, Nr. 18, sp. 1183)

40. Polizeiliche Strafverfügungen
(„Meckl. Zeitschr. f. Rechtspfl. u. Rechtswiss.“, 1914, S. 101–116)
41. Verwaltungsgerichtbarkeit in Mecklenburg-Schwerin
(„Preuß. Verwaltungsblatt“, 1923, S. 199–202)
42. Verwaltungsorganisation in Mecklenburg-Schwerin
(„Handwörterbuch d. Kommunalwiss.“, IV. Bd., 1922, S. 366 u. Nachtr.-Bd.)
43. Die Neuregelung des Straßenwesens und der Straßenverwaltung
(ebenda, 1934, Heft 12)
44. Die Bedeutung der Universität Rostock für Mecklenburg. Rechtswissenschaft
(„Meckl. Monatshefte“, Heft 119, Nov. 1934, S. 537–539)

D'Z. Feb. 1902



the scale towards document

25. Februar 1946, die große Ehre und die stolze Universität Nordeuropas, deren damaliger Kurator war, wieder zu eröffnen und konnte die Amtskette Prof. Dr. Rienäcker, in der Aula der Universität legen: „Wenn es der Universität Rostock, der alten unseres Landes gelingen sollte, den eigentlichen icken Bildung wieder herzustellen, ihre Notwendig- Wert erneut aufzuzeigen, dann wird ein wesent- lichen Erneuerung unseres Volkes hinzugefügt wer- den. Herren Professoren keine Herrenstudenten, keine pferische Jugend, die in schaffenden Volkskreisen das durch die Entwertung akademischer Bildung verspielt wurde. Ich wünsche, daß die Rostocker ren aus der Vergangenheit zieht und daß die ihr Hassern eines Systems erzogen wird, das so viel Herzleid über unser Vaterland gebracht hat ... ren, Dozenten, Studentinnen und Studenten! Im Vergangenheit dieser ältesten Hochschule Nord- f die schweren Aufgaben unseres Volkes, die noch varten mit mir alle Schichten unseres Volkes den chschule im Kampf um die politische und geistige olkes.“

Land gegangen, entscheidende Jahre wirtschaft- Wiedererstehens. Die Universität Rostock hat, aufgabe, die Erziehung einer neuen akademischen bildung einer neuen mit dem Volke verbundenen te geführt. In den Händen solcher Professoren vom ESINGER mit all seinen wissenschaftlichen und n unsere deutsche Jugend zu wissen, ist für uns, ges Menschenleben für diese neue Ordnung gear- aben, eine große Beruhigung. Zum dritten Mal LESINGER nunmehr das hohe Amt eines Rektor ität. Dies ist ein seltener Beweis des Vertrauens, ssoren, Dozenten und Studenten entgegengebracht belohnte unsere Regierung kürzlich durch die ndischen Verdienstordens. Aus Anlaß dieser Aus- SCHLESINGER: „Die mir verliehene hohe Aus- ch ein Ansporn sein, gemeinsam mit allen Ange- weiterhin tatkräftig an der Festigung der Deut- Republik mitzuarbeiten und den Kampf um die Deutschlands, um die Erhaltung des Friedens noch

f. SCHLESINGER dies keine leeren Worte sind. sein, noch viele Jahre sein umfassendes Wissen ugend zu vermitteln.

ag wünschen ihm seine alten Freunde beste Ge- Erfolge in seiner hohen verantwortungsvollen

ker, Ministerpräsident a. D., aterländischen Verdienstordens i. S.